

Sebastian Litta und Philipp Rotmann

Wie Deutschlands Einfluss schwindet: Harvard und Amerika im post-europäischen Zeitalter

Am 9. November 2009 feierte die Welt den Fall der Berliner Mauer. Die Staatsoberhäupter und Regierungschefs unserer wichtigsten Verbündeten waren angereist, um persönlich teilzuhaben an diesem historischen Jubiläum. Doch einer fehlte: Barack Obama schickte seine Außenministerin. Amerikas „erster pazifischer Präsident“, wie er sich selbst beschrieb, blieb in Washington, hielt Kriegsrat zu Afghanistan und bereitete sich auf seine erste große Asienreise vor.

Seitdem die Amerikaner vor anderthalb Jahren so nett waren, unseren Wunschpräsidenten ins Weiße Haus zu wählen, schien alles in unsere Richtung zu laufen: Amerika bastelt sich eine allgemeine Krankenversicherung, zieht sich Stück für Stück aus dem Irak zurück und bemüht sich um konstruktive Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels.

Da fällt es leicht, vor lauter Freude über die Bewältigung der transatlantischen Beziehungskrise zu übersehen, welchen grundlegenden Bedeutungsverlust Deutschland und Europa in Amerika erfahren haben. Deutschlands Schlüsselposition im Epizentrum des Kalten Krieges ist der historischen Normalität eines mittelwichtigen Partners gewichen. Amerikas Blick hat sich nach Asien gewendet. Obamas

Fernbleiben zum 20. Jahrestag des Mauerfalls hat dies noch einmal deutlich gemacht: Glückwünsche zu den Ereignissen der Vergangenheit kommen per Videobotschaft, persönlich jedoch ist er mit der Zukunft beschäftigt. Und die liegt nicht zwischen Rhein und Oder, sondern zwischen Indus und Jangtse. Auch in seiner Nobelpreisrede kam Deutschland nur als Bezug zur Vergangenheit vor, in einem Verweis auf Hitler zur Begründung des gerechten Krieges.

Harvard als Symbol:

Amerika wendet sich nach Asien

Das Symptom Obama verweist auf tiefere Veränderungen. Harvard zum Beispiel, nach wie vor Amerikas reichste und berühmteste Hochschule mit dem Rang und Anspruch einer Universität für die ganze Welt, hat nicht nur die besonderen Beziehungen zu Deutschland weitgehend hinter sich gelassen sondern ist schon in der post-eurozentrischen Ära angekommen. Seit Jahrhunderten standen erst englische und dann deutsche Universitäten Pate für die Entwicklung des amerikanischen Hochschulsystems, nicht nur organisatorisch sondern auch bei der Entwicklung des Lehrkanons. Unsere Lage

im Epizentrum des Kalten Krieges verlängerte und vertiefte die besonderen deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Noch sind einige der bedeutendsten Historiker, Sozial- und Politikwissenschaftler hier langjährige Experten für Deutschland und Europa, zum Beispiel Charles Maier, Robert Putnam und Joseph Nye. Deutsche Politiker haben öfter als andere die Rede vor den abgehenden Studierenden gehalten – mit die höchste Ehre, die Harvard zu vergeben hat. Doch diese Zeiten sind vorbei.¹ Wenn diese Woche wieder eine Präsidentin oder ein Premierminister in Harvard spricht, werden es eher Politiker aus Chile, Kenia oder z. B. Indonesien sein.²

Auf dem Markt für junge Talente hat sich der akademische Wind längst gedreht: nur ein paar ältere Professoren sprechen noch Deutsch, die letzte Vollprofessur für deutsche Philologie fiel jüngst dem Sparzwang zum Opfer. Wer heute in Harvard oder an anderen US-Hochschulen Karriere machen möchte, beschäftigt sich besser nicht mit Deutschland oder Europa, sondern mit China, Indien oder Pakistan. Auch gibt es immer mehr Studienangebote für den amerikanischen Führungsnachwuchs in Asien, während deutsche Austauschprogramme von Bosch bis Humboldt, von Fulbright bis DAAD zunehmend Schwierigkeiten haben, die besten Amerikaner zu rekrutieren.

Wir brauchen die USA

Warum sollte uns dieser Bedeutungs-

verlust beschäftigen? Als 1989 die ostdeutschen Bürgerrechtler das marode System der DDR so zermürbt hatten, dass im November die Mauer fiel, konnte Helmut Kohl den Mantel der Geschichte nur ergreifen, weil George Bush senior ihm beim Anziehen half. Beide verband eine tiefe Vertrautheit aus dem Wissen um das jeweils andere Land – nicht nur persönlich, sondern vor allem zwischen den politischen Eliten, in denen beide Regierungschefs ihre Ratgeber fanden. Diese Bande, oft an Orten wie Harvard geknüpft, ermöglichten eine reibungsarme Zusammenarbeit in einem Verhältnis, das auf der überlebenswichtigen geopolitischen Rolle Europas für die USA beruhte. Mit der friedlichen Einigung Deutschlands und Europas ist unsere Sonderrolle zu Ende gegangen. Wo Bonn noch von selbst Gehör fand, muss Berlin mehr bieten als ein wenig Pathos und moralische Appelle an die Freiheit. Das ist Normalität, London, Paris und Tokio geht es nicht anders. Angela Merkel musste dies feststellen, als sie Anfang November 2009 versuchte, dem amerikanischen Kongress zum Klimaschutz die Leviten zu lesen: Nur wenige Senatoren und Abgeordnete kamen selbst; viele schickten ihre Mitarbeiter, um die leeren Reihen zu füllen.

Die Bundeskanzlerin sprach mit viel Empathie, doch ohne einen Hauch von Selbstkritik in Fragen wie Afghanistan, die ihren Gastgebern auf den Nägeln brennen. An ihrer Intention gibt es dabei gar nichts auszusetzen – der Weg zu einem effektiven und tragfähigen Klimaabkommen führt nun einmal durch den



verlust beschäftigen? Als 1989 die ostdeutschen Bürgerrechtler das marode System der DDR so zermürbt hatten, dass im November die Mauer fiel, konnte Helmut Kohl den Mantel der Geschichte nur ergreifen, weil George Bush senior ihm beim Anziehen half. Beide verband eine tiefe Vertrautheit aus dem Wissen um das jeweils andere Land – nicht nur persönlich, sondern vor allem zwischen den politischen Eliten, in denen beide Regierungschefs ihre Ratgeber fanden. Diese Bande, oft an Orten wie Harvard geknüpft, ermöglichten eine reibungsarme Zusammenarbeit in einem Verhältnis, das auf der überlebenswichtigen geopolitischen Rolle Europas für die USA beruhte. Mit der friedlichen Einigung Deutschlands und Europas ist unsere Sonderrolle zu Ende gegangen. Wo Bonn noch von selbst Gehör fand, muss Berlin mehr bieten als ein wenig Pathos und moralische Appelle an die Freiheit. Das ist Normalität, London, Paris und Tokio geht es nicht anders. Angela Merkel musste dies feststellen, als sie Anfang November 2009 versuchte, dem amerikanischen Kongress zum Klimaschutz die Leviten zu lesen: Nur wenige Senatoren und Abgeordnete kamen selbst; viele schickten ihre Mitarbeiter, um die leeren Reihen zu füllen.

Die Bundeskanzlerin sprach mit viel Empathie, doch ohne einen Hauch von Selbstkritik in Fragen wie Afghanistan, die ihren Gastgebern auf den Nägeln brennen. An ihrer Intention gibt es dabei gar nichts auszusetzen – der Weg zu einem effektiven und tragfähigen Klimaabkommen führt nun einmal durch den

Die Bundeskanzlerin sprach mit viel Empathie, doch ohne einen Hauch von Selbstkritik in Fragen wie Afghanistan, die ihren Gastgebern auf den Nägeln brennen. An ihrer Intention gibt es dabei gar nichts auszusetzen – der Weg zu einem effektiven und tragfähigen Klimaabkommen führt nun einmal durch den

Wie Deutschlands Einfluss schwindet: Harvard ...

amerikanischen Kongress. Doch gute Vorschläge allein reichen nicht aus. In Deutschland wäre die Empörung groß, würde uns etwa der niederländische Premierminister in einer Rede vor dem Bundestag die Schwächen der deutschen Bildungspolitik oder die unzureichenden Anstrengungen beim Polizeiaufbau in Afghanistan unter die Nase reiben, ohne selbst ein konstruktives Angebot zu machen.

Klimapolitik ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Weltordnung im 21. Jahrhundert. Es kann nicht in unserem Interesse sein, dass solche Themen im kleinen Kreis zwischen Washington, Peking und Delhi ausgehandelt werden. Berlin, Paris oder London allein können das nicht mehr, das haben beide Seiten der Debatte um den Irak-Krieg deutlich gezeigt. Brüssel hingegen könnte eine gewichtige Rolle spielen in Washington. Doch statt uns mit unseren EU-Partnern zusammenzurufen, klopfen wir uns mit ungebrochener Selbstgefälligkeit auf die Schulter und beglückwünschen uns zur deutschen Vorreiterrolle im Klimaschutz, während die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen vor unseren Augen in sich zusammenfallen. Jahrelang haben wir den Zeigefinger erhoben, wann immer US-Truppen in Afghanistan Hochzeiten bombardierten – und kaum erkennen die Amerikaner ihre Fehler und steuern um, lassen zwei Fliegerbomben in Kunduz buchstäblich die Luft aus unserer moralischen Aufgeblasenheit.

Höchste Zeit für europäische Lösungen

Wir hätten durchaus etwas anzubieten. Engere Zusammenarbeit hätte auch für die USA einen Wert. Doch dazu müsste Europa

bereit sein, zumindest in solchen Fragen Verantwortung zu übernehmen, in denen halbwegs Einigkeit herrscht – zum Beispiel in der Klimapolitik oder bei der Katastrophenhilfe für Haiti. Eine große Chance ist dabei schon vertan worden. Die Besetzung der beiden Spitzenposten der Europäischen Union mit weitgehend unbekanntem Politikern aus der zweiten Reihe ist hier in den USA mit Entsetzen aufgenommen worden, selbst die sonst so europafreundliche New York Times fand kein Verständnis mehr. Was auch immer Angela Merkel und Co. bewogen hat, die europäische Idee derart zu schwächen, es schadet letztlich unserem Einfluss in den USA.

Verantwortung bedeutet auch, die eigenen Werte und Interessen so zu vertreten, dass sie in der Praxis deutlich werden. Wenn wir Deutschen einen besseren, zivileren Ansatz für Afghanistan haben, warum sind wir dann nicht bereit, die nötigen Mittel zu investieren, um ihn zumindest in der Nordregion in die Realität umzusetzen? Wenn wir darüber hinaus amerikanische Politik beeinflussen wollen, dann müssen wir die Werte und Interessen der Amerikaner ebenso ernst nehmen wie wir uns wünschen, dass unsere ernst genommen werden. Und wer anderen in aller Freundschaft schmerzhaft Fehler vor Augen halten möchte, der ist gut beraten, sich auch in Selbstkritik zu üben – ob bei der sozialen Ungerechtigkeit des Bildungssystems oder bei der gesellschaftlichen Integration von Einwanderern.

Persönliche Erfahrung ist nicht zu ersetzen

Interessant sind wir für die Amerikaner immer noch. Deutsche Autos, das Oktober-

fest, aber auch europäisches Design bleiben für viele Amerikaner attraktiv. Mit Nazi- oder Stasifilmen lassen sich immer noch Oscars gewinnen, und die New York Times schickt fast jeden Monat einen anderen Reporter nach Berlin, um über das dortige Nachtleben zu berichten. Dass die besten amerikanischen Nachwuchskräfte trotzdem kaum mehr für ein Jahr in Deutschland zu gewinnen sind, sollte uns zu denken geben. Um nicht nur zusammen Bier zu trinken, sondern auch über Klimapolitik zu sprechen, brauchen wir gemeinsame europäische Austauschprogramme.

Das rasante Tempo gesellschaftlicher Veränderungen in den USA, stellt uns Europäer vor große Herausforderungen. 2010 findet, wie alle zehn Jahre in den USA eine große Volkszählung statt. Das wichtigste Ergebnis steht schon fest, Latinos werden die Afro-Amerikaner als größte Minderheit ablösen. Um so grundlegende kulturelle Veränderungen mitzuverfolgen und neue Wege der Partnerschaft mit den USA zu finden, reicht es nicht, die New York Times zu lesen – dazu bedarf es weiterhin der persönlichen Erfahrung und enger Kontakte. Viel zu wenige deutsche Politiker nehmen sich die Zeit für einen intensiven USA-Aufenthalt jenseits von dreitägigen Kurzbesuchen, von wenigen positiven Beispielen wie Karl-Theodor zu Guttenberg abgesehen. Von diesen Politikern braucht Deutschland mehr! Ganz zu schweigen von China und Indien: Die anderen Großmächte des 21. Jahrhunderts sind in den Lebensläufen der deutschen Politiker noch weniger vertreten.

Es fehlt nicht an Instrumenten, um deutsche Politiker, Beamte und Manager in die USA zu schicken. Doch gerade in Parteien und Behörden ist das Korsett vorgezeichneter Karrierepfade oft zu eng. Wer Woche für Woche

den Ortsverein pflegen muss oder in einer Behördenkultur arbeitet, in der nur die Erfahrung im eigenen Haus für die Beförderung zählt, bekommt nie die Chance tiefer in ein fremdes Land einzutauchen. So überrascht es nicht, dass die meisten gegenwärtigen Minister und Abgeordneten kein einziges Semester im Ausland verbracht haben. Gezielte Austauschprogramme können zu langfristigen Investitionen in politische Netzwerke werden. Obama wird nicht der letzte Präsident sein, den Harvard hervorgebracht hat. Gerade jetzt werden die neuen Studenten zugelassen. Eine oder einer von denen, die im kommenden September hier ihr Studium aufnehmen werden, könnte in 30 oder 40 Jahren ins Oval Office einziehen. Wir sollten jetzt daran arbeiten, dass es jemand ist, der Deutschland und Europa nicht nur mit dem Oktoberfest und dem Louvre, sondern auch mit Ideen und Tatkraft für die Gestaltung der globalen Zukunft verbindet.

¹ Helmut Kohl sprach 1990, Richard von Weizsäcker 1987 und Helmut Schmidt 1979.

² Neben der Abschlussrede bietet Harvard Politikern und gesellschaftlichen Vordenkern die Möglichkeit, im Forum der Kennedy School zu sprechen. Bachelet (Chile) sprach 2008, Odinga (Kenia) und Yudhoyono (Indonesien) 2009. Interessanterweise haben sowohl Bachelet wie auch Odinga in der DDR studiert.

Sebastian Litta und Philipp Rotmann

sind McCloy-Stipendiaten an der Kennedy School of Government in Harvard, Philipp Rotmann ist zudem Fellow am Global Public Policy Institute in Berlin.